

## Kenntnisnahme politischer Ziele

**Nidwalden** Der Landrat nahm vom Vierjahresprogramm 2021 bis 2024 der Regierung Kenntnis, ohne Anmerkungsanträge zu stellen. Ausser den Feststellungen der landrätlichen Kommissionen blieben Wortmeldungen aus. Das Programm basiert auf dem seit sechs Jahren gültigen Leitbild «Nidwalden 2025: Zwischen Tradition und Moderne». Es stellt die politischen Absichten in Form von konkreten Zielen und Massnahmen zu einzelnen Handlungsfeldern dar. «Der rote Faden für unser Handeln in den nächsten vier Jahren», sagte Landammann Alfred Bossard.

Die Finanzkommission äusserte sich einzig kritisch zu den Wachstumszielen der Volkswirtschaftsdirektion. Angesichts der knappen Baulandreserven sollten Kriterien wie Wertschöpfung und Arbeitsplatzangebot stärker im Vordergrund stehen als die Zunahme von eingetragenen AG, GmbH oder Konkurseröffnungen. Die Kommission Staatspolitik, Justiz und Sicherheit (SJS) dagegen wies im Zusammenhang mit der angestrebten tiefen Staatsquote darauf hin, dass es oft fast nicht möglich sei, grosse Projekte ohne professionelle externe Unterstützung bewerkstelligen zu können. Als Beispiele wurden das Projekt «Areal Kreuzstrasse» genannt, wo der Landrat für die externe Projektleitung einen Zusatzkredit bewilligen musste, oder der Wandel durch die Digitalisierung. (unp)

## Schiessanlagen werden aufgerüstet

**Richtplan** Der Plan, die sechs bestehenden Schiessanlagen im Kanton Nidwalden durch eine zentrale Anlage zu ersetzen, ist vom Tisch. Der Landrat stimmte mit 41:10 Stimmen einer entsprechenden Motion von Remo Zberg (FDP, Hergiswil) und Peter Scheuber (CVP, Ennetmoos) zu. Diese hatten die Streichung der zentralen Anlage aus dem kantonalen Richtplan verlangt. Dagegen sollen die bestehenden Anlagen mit emissionsfreien Kugelfangsystemen und Lärmschutzmassnahmen aufgerüstet und in den Richtplan aufgenommen werden.

Begründet wurde der Verzicht auf eine neue zentrale 300 Meter Schiessanlage mit den Kosten. Diese würden in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen, sagte Peter Scheuber. Sie sei gar nicht finanzierbar, meinte Armin Odermatt (SVP, Oberdorf). René Wallimann (CVP, Dallenwil) hielt dagegen und meinte, die Kosten würden niemals bei 40 Millionen Franken liegen, der Betrag werde viel zu hoch geschätzt, um das Projekt zu bodigen. Auch die Fraktion Grüne/SP plädierte dafür, das Projekt einer zentralen Anlage nochmals genau zu prüfen.

Die Regierung hatte den Verzicht auf eine zentrale Anlage ebenfalls unterstützt. Hingegen wollte sie nicht, dass die dezentralen Anlagen in den Richtplan aufgenommen werden. (unp)

# Zusatzkredit fällt durch

Der Landrat verweigert mehr Geld für die Testplanung des Areals Kreuzstrasse.

**Philipp Unterschütz**

Auch zwei engagierte Voten von Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser halfen nichts. Der beantragte Zusatzkredit von 180 000 Franken für die Testplanung des Areals Kreuzstrasse erhielt zwar 32 Ja-Stimmen, während sich 19 Landräte – vorwiegend von SVP und FDP – dagegen aussprachen. Weil für das Kreditbegehren aber die qualifizierte Zweidrittelmehrheit erforderlich war, reichte es eben doch nicht. Der Landrat lehnte den Kredit ab. Das bedeutet, dass die Regierung die Testplanung mit den vor eineinhalb Jahren gesprochenen 695 000 Franken durchführen muss. Der Zusatzkredit war beantragt worden, weil ursprünglich möglichst viele Arbeiten von der kantonalen Verwaltung übernommen werden sollten, um Kosten zu sparen. Das Vorhaben sei aber zu komplex für dieses Vorgehen geworden, sagte Karin Kayser. Vor allem die Projektleitung könne nicht vom Kanton wahrgenommen werden.

### Kommissionen stehen hinter dem Zusatzkredit

Der Regierungsrat habe einiges falsch eingeschätzt, gab Karin Kayser zu. Der Landrat solle jetzt aber nicht nur in den Rückspiegel schauen, was falsch gemacht worden sei, sondern den Blick nach vorne richten, damit das für den Kanton wichtige Projekt realisiert werden könne.

Die vorbereitenden Kommissionen zeigten sich unglücklich darüber, dass der Regierungsrat seine Kostenschätzungen revidieren müsse, unterstützten aber den Zusatzkredit. Der Regierung wurde zugestanden, dass sie die Zusatzkosten klar begründen könne. Eine hoch-



Das Polizeigebäude auf dem Areal Kreuzstrasse.

Bild: Corinne Glanzmann (Stans, 18. September 2019)

wertige Planung sei bei einem solchen komplexen Vorhaben wichtig, um Planungsfehler und spätere Mehrkosten zu verhindern. «Es könnte sich rächen, wenn jetzt am Anfang des Grossprojekts gespart wird», sagte beispielsweise Therese Rotzer (CVP) als Sprecherin der Kommission für Staatspolitik, Justiz und Sicherheit (SJS).

In verschiedenen Voten wurde auch darauf hingewiesen, dass die zusätzlichen 180 000 Franken gemessen am ganzen Bauprojekt nur einen kleinen Anteil ausmachten. Die CVP und die Grünen/SP unterstützten den Zusatzkredit.

«Wir haben noch keinen Nagel eingeschlagen und die Lage ist schon verfahren», kritisierte Armin Odermatt (Oberdorf) im Namen der SVP. Seine Fraktion

könne dem Zusatzkredit nur schwer zustimmen, nur eine Stimme habe den Ausschlag gegeben. Die Regierung solle einen Gang hinunterschalten und das Projekt enttappieren.

Er stimme Nein, weil er sich nicht ernst genommen fühle, sagte Niklaus Reinhard (FDP, Hergiswil). Die Anträge, die man bei der ursprünglichen Kreditvergabe für eine möglichst offene Planung gemacht habe, seine nicht aufgenommen worden.

Markus Walker (SVP, Ennetmoos) sprach von einer Salamitaktik, die nicht Schule machen dürfe.

### Vertrag mit Projektleiter wird aufgelöst

In einer ersten Reaktion unmittelbar nach der Abstimmung meinte die enttäuschte Justiz-

und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser, es sei ihr bewusst gewesen, dass es knapp werde. «Angesichts der Zielsetzung des Projekts habe ich aber gehofft, dass der Zusatzkredit doch genehmigt wird.» Nun habe der Landrat mit dem Entscheid nicht die Regierung für gemachte Fehler bestraft, sondern das Projekt und dessen Qualität. «Der Projektleiter hat die Arbeit aufgrund eines Mandatsvertrages aufgenommen, diesen werden wir nun auflösen müssen», so Karin Kayser. Man habe keinen finanziellen Spielraum, einige Kernaufgaben werde nun eben die Verwaltung übernehmen müssen, vielleicht werde man einige auch verzögern müssen. «Auch die Kommunikation für die Öffentlichkeit müssen wir herunterfahren.»

## Für die meisten Vorhaben gibt's Lösungen

Im Amt für Raumplanung bestehen keine Missstände, sagt Baudirektor Josef Niederberger.

Eine Natursteinmauer am Bürgenberg ob Ennetbürgen erhitzte in den vergangenen Wochen die Gemüter. Sie sei zu entfernen, weil sie sich ausserhalb der Bauzone befinde, hatte das Amt für Raumentwicklung (ARE) angeordnet, was sogar zu einer Kleinen Anfrage von 39 Landräten an die Regierung führte. Darin heisst es, dass es sich nicht um einen Einzelfall handle, und dass bei Entscheiden zum Bauen ausserhalb der Bauzone Missstände im Amt für Raumentwicklung herrschen würden.

Baudirektor Josef Niederberger konnte in seiner Antwort wegen des laufenden Verfahrens nicht auf den konkreten Einzelfall eingehen. Er liess aber durchblicken, dass mehr dahinter stecke, als es öffentlich bekannt sei. Es handle sich um ein nachträgliches Baubewilligungsverfahren, das die Gemeinde nach einem Hinweis von aussen hätte eröffnen müssen. Es seien für das Projekt

«Dem Augenmass und der Grosszügigkeit sind Grenzen gesetzt, wenn abweichend von bewilligten Plänen gebaut wird.»



Josef Niederberger  
Baudirektor Nidwalden

nicht alle erforderlichen Unterlagen eingereicht worden. Die Beratung im Bereich des Bauens ausserhalb der Bauzonen erfol-

ge aber fachlich kompetent und laufe rechtlich korrekt ab. «Es ist uns bewusst, dass die Dienstleistungsausrichtung unterschiedlich wahrgenommen wird: Wir werden dies vertieft prüfen und wo möglich optimieren», so Josef Niederberger.

### Es gibt Potenzial für Optimierungen

Dass für die allermeisten Vorhaben eine Lösung gefunden werden könne, meist sogar auch dann, wenn bewilligungspflichtige bauliche Massnahmen nachträglich beurteilt werden müssten, belegte der Baudirektor mit Zahlen. 2019 seien von der Baudirektion für das Bauen ausserhalb Bauzone 187 Entscheide gefällt worden. Dabei waren sieben Abweisungen, gegen drei davon wurde eine Beschwerde eingereicht, die alle vom Regierungsrat abgewiesen worden seien. Die Zahlen für das Jahr 2018 seien nahezu gleich. Beim Vollzug des Bun-

desgesetzes über die Raumplanung und den kantonalen Bestimmungen über die Raumplanung bestünden keine Missstände, so Josef Niederberger weiter. «Dem Augenmass und der Grosszügigkeit sind jedoch auch Grenzen gesetzt, insbesondere, wenn abweichend von den bewilligten Plänen gebaut wird.» Zugleich gab der Baudirektor zu, dass bei der Erbringung der diesbezüglichen Dienstleistungen Optimierungspotenzial bestehe. «Der Regierungsrat und die Baudirektion prüfen entsprechende Verbesserungen.»

Zur Frage der offenen Stelle des Leiters Raumplanung sagte Niederberger, dass es nach der Einstellung einer Raumplanerin keine offenen Stellenprozente mehr gebe. «Seit Herbst 2019 läuft die Planung, wie das ARE längerfristig organisiert werden soll.» Der Regierungsrat werde dies an der Klausursitzung im Juni 2020 beraten. (unp)

## Neue Richter gewählt

**Landrat** Das Parlament hat gestern die Gesamterneuerungswahlen der kantonalen Gerichte vorgenommen. Die Präsidien von Ober-, Verwaltungs- und Kantonsgericht wurden bestätigt, ebenfalls die wieder kandidierenden Richterinnen und Richter.

Fünf vakante Sitze mussten neu besetzt werden. Die Landratsfraktionen haben sich bereits im Vorfeld auf die Verteilung der Sitze entsprechend der Parteistärke im Parlament geeinigt. Neu ins Verwaltungsgericht wurden Hubert Rüttimann, (SP, Stans) und Hansruedi Schleiss (CVP, Stans) gewählt. Im Kantonsgericht nehmen neu Bernhard Kugler (FDP, Hergiswil), Heidi Odermatt Häberli (Grüne, Stans) sowie Walter Odermatt (SVP, Stans) Einsitz.

Aufgrund der Unvereinbarkeit der Ämter hatte Walter Odermatt vom vorzeitigen Rücktritt aus dem Landrat ersucht. Mit der Wahl als Kantonsrichter wurde dieser auf das Datum der Vereidigung seiner Nachfolge im Rat hin Tatsache.

Odermatt bedankte sich für die Wahl. «Ich freue mich auf das Amt und bin mir bewusst, dass das nun etwas ganz anderes ist.» Die Arbeit im Landrat hätte ihm Spass gemacht, doch nach 18 Jahre dürfe man auch wieder einmal etwas anderes machen. (mu)

## Corona: Zeichen an Bevölkerung

**Interpellation** Mit 31 zu 24 Stimmen hat der Landrat eine Interpellation von Alexander Huser (Grüne, Ennetbürgen) für dringlich erklärt. Huser stellt in seinem Vorstoss Fragen zu fiskalpolitischen Massnahmen aufgrund der Coronakrise. Die Dringlicherklärung sei ein Zeichen an die Bevölkerung, dass die Politik die Krise ernst nehme.

FDP-Fraktionssprecher Stefan Bosshard (Oberdorf) hielt fest, dass eine schnelle Antwort der Regierung angezeigt sei. Wichtigstes Argument dafür sei die Abstimmung über das Referendum gegen die Senkung der Unternehmenssteuer. Diese Senkung stelle genau so eine fiskalpolitische Massnahme dar. Die FDP unterstütze die Dringlicherklärung und warte gespannt auf den Rückzug des von den Grünen ergriffenen Referendums. CVP-Sprecher Joseph Niederberger (Oberdorf), hielt fest, dass die Regierung diese Fragen ohnehin beantworten müsse. Der aus seiner Sicht überflüssige Vorstoss gehöre eher in die «Schublade des Politikmarketings». Walter Odermatt (SVP, Stans) sagte namens seiner Fraktion, dem Regierungsrat sei für eine seriöse Antwort genügend Zeit einzuräumen und sprach sich gegen die Dringlicherklärung aus.

Volkswirtschaftsdirektor Othmar Filliger bat darum, die Interpellation als dringlich zu erklären. Es gebe Fragen, die vor der Abstimmung über das Steuergesetz beantwortet werden müssten. (mu)